

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 19. Februar 2019**

Am 19. Februar fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 (MFR), die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 21./22. März 2019, die Werte der Union in Ungarn sowie die Rechtsstaatlichkeit in Polen.

#### **Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027**

Der rumänische Vorsitz berichtete über die Fortschritte bei den sektoriellen Programmen und stellte das Arbeitsprogramm bis Ende April vor. Ich dankte für die weiteren Arbeiten und betonte das Ziel, einen schlanken, sparsamen und effizienten Haushalt nach dem Brexit zu erreichen. Aus österreichischer Sicht gelte es daher, dass der Mehrjährige Finanzrahmen nicht größer als 1% des Bruttonationaleinkommens der 27 EU-Mitgliedstaaten sein soll. Der rumänische Vorsitz hielt abschließend fest, dass eine Überarbeitung der Verhandlungsbox erst nach eingehenden Diskussionen erfolgen werde. Die nächste Information werde beim Rat Allgemeine Angelegenheiten im März erfolgen.

#### **Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 21./22. März 2019**

Der rumänische Vorsitz verwies auf die annotierte Tagesordnung, die folgende Themen umfasst: Zukunft des Binnenmarktes, inklusive Kapitalmarktunion, Industriepolitik und Digitales, das Europäische Semester, Klimawandel, Vorbereitung des EU-China Gipfels, sowie der Kampf gegen Desinformation, um die Integrität von Wahlen sicherzustellen.

#### **Werte der Union - Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Der rumänische Vorsitz berichtete vom Anliegen des Europäischen Parlaments, im Rat gehört zu werden. Der Vorsitz habe die Ratsposition wiederholt und darauf hingewiesen, dass das Europäische Parlament laufend über neue Entwicklungen informiert werde. Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans informierte über die rezen-

ten Entwicklungen. Der Vorsitz wird über die weitere Behandlung des Themas gemeinsam mit den Mitgliedstaaten reflektieren.

### **Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans informierte über die rezenten Entwicklungen. Der rumänische Vorsitz hielt abschließend fest, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten mit der Angelegenheit befasst bleibe.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

#### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. März 2019

Mag. Gernot Blümel, MBA  
Bundesminister